

## **Hermann Kesten-Preis des deutschen PEN-Zentrums, 13.11.2005 in Darmstadt**

Laudatio von Dr. Uwe Timm

Sehr verehrte Preisträger, meine Damen und Herren,

gestatten Sie mir, mit einer persönlichen Erfahrung anzufangen und dabei einen geographischen Umweg zu machen. Vor Jahren war ich zu einer Diskussion in die Universität Nsukka eingeladen worden. Ich landete in Lagos, wohnte dort ein paar Tage, sah die Stadt, und ich muss sagen, es war ein unwirtlicher Ort, der Verkehr chaotisch, die Luft verschmutzt und wegen der Kriminalität durfte man das Hotelgelände nicht verlassen. Ein nigerianischer Kollege, der mich in dem Hotel besuchte, sagte, das wirke auf ihn, wie ein eben gelandetes luxuriöses Raumschiff, umgeben von Armut und Gewalt. Dann auf der Autofahrt, als wir uns von der Stadt entfernten, erlebte ich ein anderes Afrika und nach einem Abstecher von der Überlandstraße, als wir noch weiter ins Landesinnere kamen, öffnete sich mir plötzlich ein ganz anderes Land. Die Weite der Landschaft, die erstaunliche Freundlichkeit und Gelassenheit der Menschen in den Dörfern, alles war von einer ruhigen, wunderbar friedlichen Stimmung durchdrungen. Und diese Stimmung prägte auch die Universität, an der Chinua Achebe damals lehrte. Es wurde lebhaft und kontrovers diskutiert, ob und wie die Europäische Tradition der Aufklärung für Afrika relevant sein könnte, ob und wie in den Landessprachen oder in der Sprache der früheren Kolonialmacht Literatur geschrieben werden sollte. Eine Akademie wie man sie sich nur wünschen kann.

Es waren drei ganz unterschiedliche Erfahrungen von dem Land Nigeria, von dem Kontinent Afrika, die sich mir auf dieser kurzen Reise eingeprägt haben und mir über das abstrakte Wissen hinaus eine konkrete Anschauung davon gaben, dass Afrika viele Gesichter hat. Mit seinen vielen Ländern, unterschiedlichen Landschaften, Sprachen und Kulturen ist Afrika der Kontinent der Vielfalt. Hier in Europa aber, speziell in Deutschland, bestimmt zurzeit ein ganz einseitiges Bild die öffentliche Meinung, es speist sich allein aus Schreckensmeldungen: Bürgerkriege, Massaker, Hungerkatastrophen, Kriminalität und Seuchen. All diese Schrecken haben mit sozialen Verwerfungen zu tun, die – wenn auch nicht ausschließlich - eine Folge davon sind, dass Afrika über Jahrhunderte von den Kolonialmächten Europas ausgebeutet wurde: Sklavenhandel, Raubbau an den Rohstoffen, Plantagenwirtschaft, um nur einige Stichpunkte zu nennen. Auch eine kulturelle Enteignung fand statt, etwa durch aggressive Missionstätigkeit oder durch Diebstahl bzw. ungleichen Tausch, was ein getarnter Diebstahl ist. So wurden Kulturschätze wie beispielsweise die Bronzeplastiken aus Benin verschleppt und sind heute in europäischen Museen, in London, Berlin oder in New York zu besichtigen.

Nach der Unabhängigkeit der afrikanischen Staaten blieb die wirtschaftliche Abhängigkeit von den ehemaligen Kolonialmächten bestehen. Hinzu kam eine wachsende finanzielle Abhängigkeit durch Kredite der USA und der Weltbank. Kredite, die nicht zurückgezahlt werden konnten, weil Schutzzölle verhindern, dass die afrikanischen Produkte zu ihrem tatsächlichen Äquivalent in Europa verkauft werden können. All das ist bekannt, man weiß es, aber es wird kaum etwas getan, um diese ausbeuterische Beziehung zu beenden. Es fehlt die Empörung, die sich gegen dieses Unrecht richtet, und die Politiker bei uns zwingen würde, eine grundsätzliche Änderung im ökonomischen Austausch herbeizuführen.

Dieser fehlende Wille zur Änderung hat seinen Grund sicherlich auch darin: man weiß recht genau oder zumindest hat man eine Ahnung davon, dass wir von dieser Ungleichgewichtigkeit profitieren, also der Reichtum unserer Länder nicht zuletzt diesen armen Ländern geschuldet ist. Zum anderen hat sich die Meinung verfestigt, dass die Schuld für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allein bei den Regierungen und der Oberschicht der afrikanischen Länder liege, die als korrupt angesehen werden. Das mag in manchen Fällen zutreffen, doch wäre dann zu fragen, ob den westlichen Ökonomien diese Situation nicht recht gelegen kommt, weil sie mit solchen Cliques am besten ihre Geschäfte abwickeln können. Fatal ist jedenfalls der Schluss, die Afrikaner seien, wenn sie diese Regierungen dulden, selbst Schuld an der Unterentwicklung. Denn eben das gilt es zu erkennen, den Zusammenhang zwischen der Misere in Afrika und unserem Desinteresse. Ein Desinteresse, das sich in der Berichterstattung ablesen lässt, die ist schmal und meist auf die Katastrophen gerichtet. Wenig wird über jene Kräfte in Afrika geschrieben, die an einer Änderung der Verhältnisse arbeiten.

Meine Damen und Herren, man kann eine Laudatio auf die Verteidiger der freien Presse in der Demokratischen Republik Kongo nicht halten, wenn man nicht auch den Blick auf unsere Öffentlichkeit richtet. Und erkennt, wie das eine mit dem anderen in Beziehung steht. Nun steht es uns nicht an, gute Ratschläge für die Politik eines Landes zu geben, dessen Verhältnisse wir, ich jedenfalls, nicht genau kennen, aber wir können diejenigen unterstützen, die davon überzeugt sind, dass sich politische Verhältnisse nur ändern lassen, wenn sie kritisiert werden können. Die freie Meinungsäußerung ist die grundsätzliche Voraussetzung für jede demokratische Gesellschaft: Pressefreiheit, die Freiheit des Wortes muss gewährleistet sein. Ohne sie kann der Souverän eines demokratischen Landes, der Bürger, nicht souverän sein. Werden ihm Informationen vorenthalten oder aber entstellte Informationen gegeben, so ist er in seiner Meinungsbildung und Handlungsfreiheit behindert. Jede politische Macht hat die Tendenz, ihre Ausübung möglichst reibungslos, also fraglos zu gestalten. Das gilt hier wie in jedem anderen Land. Wir kennen auch bei uns die Fälle von massiven politischen Eingriffen, wenn es darum ging, bestimmte Informationen zu unterdrücken. Das berühmteste Beispiel ist die so genannte Spiegelaffäre, bei der Herausgeber des Magazins ins Gefängnis kam, die Redaktion unter einem fadenscheinigen Vorwand durchsucht wurde. Dieser Vorstoß gegen die Presse-

Freiheit konnte durch den Protest der Bürger, aber vor allem auch der anderen Medien, durch Presse und Radio abgewehrt werden. Andere Fälle sind in unserem Land eher manipulativer Art, man versucht etwa, durch Verschweigen oder Entstellen politischer Informationen, das Wahlverhalten, zu beeinflussen. Sie sehen, diese Laudatio hat immer auch unsere Verhältnisse im Blick, nicht allein deswegen, weil ich mich in der Geschichte und der aktuellen Situation des Kongo viel zu wenig auskenne, um diese genauer zur Sprache zu bringen. Sondern weil die Probleme durchaus transnational sind, allerdings mit einem ganz wesentlich Unterschied: In vielen afrikanischen Ländern kommt es zu einer direkten Zensur durch die Regierung. Es kommt zu Verboten, zu Festnahmen, Gefängnis ohne Anklage. Es gibt vor allem auch dies, die Ein-schüchterung von Journalisten durch Gewalt, durch Morddrohungen oder gar Mord auf Bestellung.

Ich darf zwei Berichte von der *Journaliste en danger* zitieren: „Anfang Januar 2004 werden neun Reporter des staatlichen Rundfunksenders Radio-Television national (RTNC) von einem Gericht in Kinshasa-Gombe zu einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung verurteilt, weil sie den damaligen Kommunikations- und Presseminister der RDC, Kikaya bin Karubi, im März 2003 mit Vorwürfen der illegalen Bereicherung verleumdet haben sollen.“

Ein anderer Bericht: „Der Publikationsdirektor der zwei Mal pro Woche erscheinenden Satirezeitung Pili-Pili, Jean-Denis Lompoto, wurde am 19. März 2004 verhaftet, nachdem sein Blatt am 3. März 2004 Korruptionsvorwürfe gegen Bergbauminister Eugène Diomi Ndongala veröffentlicht hatte. Lompoto wurde den Berichten zufolge am 21. März in das Zentralgefängnis von Kinshasa verlegt. Einem Besucher teilte er mit, er sei am 20. März 2004 einem Richter vorgeführt worden, es habe aber bislang noch keine förmliche Anhörung unter anwaltlichem Beistand gegeben.“

In diesem Umfeld arbeitet *Journaliste en danger*, mit dem Generalsekretär Tshivis Tshivuadi und dem Präsidenten Donat M'Baya Tshimanga. Zwei renommierte Autoren und Kollegen, die sich durch zahlreiche Veröffentlichungen ausgezeichnet haben. Tshivuadi war 1997 stellvertretender Chefredakteur von *Le Phare* in Kinshasa. Nachdem er einen Artikel über die Pläne des damaligen Machthabers Laurent Kabila geschrieben hatte, eine Armee auf ethnischer Basis aufzustellen, wurde der Chefredakteur festgenommen und misshandelt. Tshivuadi selbst ging daraufhin in den Untergrund, musste sich sechs Monate lang versteckt halten, bis sich die Lage einigermaßen beruhigt hatte. Auf diese und andere Erfahrungen geht die Gründung von *Journaliste en danger* zurück. Tshivuadi und M'Baya sammelten in einem kleinen Büro die Fälle von Übergriffen auf Presse und Journalisten und machten sie publik. 1999 wurde *Journaliste en danger* Mitglied des Internationalen IFEX, mit Sitz in Kanada. Seitdem sind solche Informationen auch international zugänglich, was den Druck auf die Behörden erhöht.

Solche Arbeit wird von den Mächtigen nicht gern gesehen. 2001 mussten Tshivuadi und M'Baya wieder klandestin arbeiten, weil ihnen unterstellt wurde, die Rebellen in Ruanda zu unterstützen, was als Staatsverrat galt und einem Todesurteil gleich kam. Erst nach dem gewaltsamen Tod von Laurent Kabila, als sein Sohn Joseph Kabila Präsident wurde, konnte das Büro von JED wieder öffnen. Zwar garantiert nun die vorläufige, im Vorfeld der ersten demokratischen Wahlen erlassene Verfassung die Pressefreiheit, doch die Realität sieht oft anders aus, auch weil immer noch die Gesetze aus der Zeit der Diktatur gültig sind. Und so arbeitet JED weiterhin für die freie Meinungsäußerung, für die Menschenrechte und für eine rechtsstaatliche Demokratie. Daneben leisten sie oft auch ganz praktische Hilfe, so werden beispielsweise inhaftierte Journalisten mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt.

Ungefährlich ist die Arbeit von *Journaliste en danger* immer noch nicht. Tshivuadi bekam kürzlich nach einem Interview, das er Radio France International gegeben hatte, Morddrohungen. Tshivuadi hatte auf den Versuch von Politikern hingewiesen, die regionalen Sender vor den Wahlen unter ihre Kontrolle zu bringen.

Der erste Satz der E-Mail an Tshivuadi lautet: „Da Sie und Ihr Freund M'Baya weiterhin die Nation mit Ihren falschen Kampagnen gegen die Demokratische Republik Kongo betrügen, möchten wir Ihnen mitteilen, dass die Stunde der Reue naht.“ Ebenfalls wurde damit gedroht, die Familien der Journalisten für „alles Böse, das Sie der Nation angetan haben“, zur Verantwortung zu ziehen.

Solche Warnungen sind ernst zu nehmen. Vor wenigen Tagen, am 7. November, protestierten in Kinshasa etwa 1000 Medienbeschäftigte mit einem Schweigemarsch gegen die Ermordung des Journalisten Franck Kangundu und forderten eine unabhängige Untersuchungskommission, der auch Medienschaffende und Vertreter der Menschenrechtsorganisationen angehören sollen.

Es ist nicht nur eine mühselige Arbeit, der Wahrheit das Wort zu reden, also Informationen zu sammeln und zu publizieren, die der Wirklichkeit gerecht werden, und das meint in diesem Zusammenhang, die Gesellschaft und Regierung kritisch zu betrachten und sie unbestechlich zu beschreiben, sondern es ist unter solchen Bedingungen auch eine gefährliche, ja lebensgefährliche Arbeit.

Bei uns gibt es, was Afrika betrifft, keine direkte Zensur durch die Regierung, aber es gibt eine Selbstzensur, und zwar durch Gleichgültigkeit. So sollten wir diesen Kampf der Organisationen, der freiwilligen Zusammenschlüsse von Journalisten und Schriftsteller wie *Journaliste en danger* auch verstehen, dass durch ihren Mut und ihre Standfestigkeit auch unsere Meinungsfreiheit, damit wir die richtigen Informationen bekommen, verteidigt wird.

Wir müssen nur Interesse für die Berichte aufbringen. Die Kollegen, die Schriftsteller und Journalisten Tshivis Tshivuadi und Donat M'Baya Tshimanga müssen

für die Wahrheit mit ihrer Existenz eintreten. Ihre Standfestigkeit und ihr Mut, für das freie Wort einzutreten, ist mit der Hermann Kesten-Medaille ausgezeichnet worden.

Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich.